

Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA

Zwei Blickwinkel, ein Befund: Anfeindungen gegen Kommunal- politiker:innen im Abgleich von Hell- und Dunkelfeld

Sarah Bitschnau, Kirsten Eberspach

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht Anfeindungen und Straftaten gegenüber Kommunalpolitiker:innen in Deutschland im Zeitraum von 2021 bis 2024. Er stützt sich dabei auf Daten der polizeilich registrierten Politisch motivierten Kriminalität (PMK) sowie auf ergänzende Dunkelfeldbefunde aus den KoMo-Erhebungen. Ziel ist es, sowohl die thematischen Schwerpunkte als auch die Tatverdächtigen- und Tatstrukturen sowie regionale Besonderheiten sichtbar zu machen und mit bisherigen Befunden aus KoMo abzugleichen, um Übereinstimmungen und Diskrepanzen zwischen Hell- und Dunkelfeld herauszuarbeiten und so ein umfassenderes Bild der Bedrohungs-lage kommunalpolitisch Aktiver zu zeichnen.

Für 2024 zeigt sich ein klarer thematischer Trend: Im Hellfeld erfasste Anfeindungen und Straftaten sind strukturell – das heißt dauerhaft und tief in den politischen sowie gesellschaftlichen Strukturen – verankert, insbesondere in den Bereichen „Reichsbürger/Selbstverwalter“ und „Konfrontation/Politische Einstellung“. Ereignisgetriebene Themen wie Migration, Klima oder Covid-19 treten hingegen punktuell im Dunkelfeld auf. Die kombinierte Betrachtung von Hell- und Dunkelfeld verdeutlicht, dass Anfeindungen sowohl langfristig stabile Motive als auch kurzfristige, lokal- und diskurs-abhängige Entwicklungen widerspiegeln.

Trotz klarer politischer Motivation lässt sich die Mehrheit der Straftaten keinem klassischen Phänomenbereich wie „rechts“ oder „links“ zuordnen. Die Deliktstruktur ist geprägt von verbalen und schriftlichen Anfeindungen, während Gewaltdelikte nur einen geringen Anteil ausmachen. Auffällig ist die hohe Bedeutung digitaler Tatmittel, wenngleich analoge Kommunikationswege in Hell- und Dunkelfeld überwiegen.

Tatverdächtige sind überwiegend männliche, deutsche Personen mittleren Alters, häufig aus dem unmittelbaren räumlichen Umfeld der Betroffenen. Neben diesen soziodemografischen Merkmalen zeigen sich auch deutliche regionale Unterschiede: In Ostdeutschland ist das Risiko von Anfeindungen und Straftaten höher als in

Westdeutschland. Zudem besteht ein Stadt-Land-Gefälle mit stärkerer Betroffenheit städtischer Räume.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Anfeindungen gegenüber Kommunalpolitiker:innen kein Randphänomen sind, sondern Ausdruck breiterer gesellschaftlicher Spannungen und Konfliktlinien. Unterschiede zwischen Hell- und Dunkelfeld verweisen auf die gleichzeitige Relevanz von strukturell verankerten Konflikten und ereignisgetriebenen Diskursen. Diese Befunde zeigen, dass Präventions- und Schutzmaßnahmen nicht allein auf akute Ereignisse reagieren dürfen, sondern auf langfristige, gesellschaftlich verankerte Ursachen zielen müssen. Daraus ergibt sich für Forschung und Praxis die Notwendigkeit, bestehende Präventionsansätze, Schutzmechanismen und Sensibilisierungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene gezielt weiterzuentwickeln und ihre Wirksamkeit zu überprüfen, um die demokratische Resilienz nachhaltig zu stärken.

Stichworte

Kommunalpolitik | Hass und Hetze | Anfeindungen | Dunkelfeld | Hellfeld | Politisch motivierte Kriminalität



Einleitung

Im MOTRA-Teilprojekt „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) wurden im Zeitraum von 2021 bis 2024 bundesweit haupt- und ehrenamtlich tätige (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen im Rahmen halbjährlich durchgeführter Onlinebefragungen mittels selbstselektiver Stichproben zu ihren Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen im Amtsalltag befragt. Insgesamt konnten in diesem Zeitraum sieben Erhebungswelle durchgeführt werden.

Die Betroffenenquote lag dabei zwischen 46 % in der ersten Erhebung im Herbst 2021 und 34 % in der jüngsten Befragung im Herbst 2024. Nach einem anfänglich hohen Niveau zu Beginn der Erhebungen pendelte sich der Anteil betroffener Amtspersonen seit 2022 relativ stabil zwischen 34 % und 39 % ein. Die jüngste Herbstbefragung 2024 weist mit einer bundesweiten Betroffenheit von 34 % somit weiterhin eine hohe, wenn auch leicht rückläufige Anfeindungsquote aus: Mehr als jede dritte befragte kommunalpolitische Amtsperson war im sechsmonatigen Referenzzeitraum von Mai bis Oktober 2024 von Anfeindungen betroffen (Bitschnau et al., 2025).

Die regelmäßigen Erhebungen im Rahmen von KoMo ermöglichen detaillierte Einblicke in die Dynamiken von Anfeindungen im Kontext gesellschaftlicher Konfliktlagen, punktueller Ereignisse und damit einhergehender Krisenerscheinungen. Der längsschnittliche Befragungscharakter liefert wertvolle Informationen zu regionalen und gruppenspezifischen Mustern sowie Trends des Anfeindungsgeschehens. Ab 2025 wird das Monitoring in einem jährlichen Befragungsturnus fortgeführt.

Um ein möglichst realitätsnahes Bild des Anfeindungsgeschehens zu erhalten, ist neben der Befassung mit dem Dunkelfeld entsprechender Anfeindungen die Betrachtung des Hellfelds polizeilich registrierter Straftaten von zentraler Bedeutung. Daher werden im Folgenden erstmals die bisherigen KoMo-Ergebnisse parallel zu sogenannten „Hellfelddaten“¹ der

1 Unter Hellfelddaten Politisch motivierter Kriminalität werden jene Straftaten verstanden, die polizeilich bekannt und im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) statistisch erfasst werden. Die PMK-Statistik ist eine Eingangsstatisik: Politisch motivierte Straftaten werden demnach bereits mit Aufnahme der polizeilichen Ermittlungen – also beim ersten Anfangsverdacht – erfasst. Dieser Ansatz hat den Vorteil, Kriminalitätsgeschehen und aktuelle Entwicklungen frühzeitig abbilden zu können (Bitschnau, Michaelis, Bretschki & Kemmesies, 2022). Gleichzeitig spiegeln polizeilich registrierte Delikte jedoch nur einen Teil der tatsächlichen Gesamtkriminalität wider, deren Umfang maßgeblich vom Anzeigeverhalten der Betroffenen sowie polizeilichen Registrierungspraktiken beeinflusst wird (Enzmann, 2005).

Politisch motivierten Kriminalität analysiert und diese miteinander verglichen. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag zunächst die Themen der Anfeindungen im Zeitverlauf: Für den Zeitraum 2021 bis 2024 werden die Hellfelddaten kompakt dargestellt, während die KoMo-Ergebnisse bis 2023 mit Verweis auf den letzten Monitor-Bericht eingeordnet werden. Der Schwerpunkt liegt auf dem Jahr 2024, in dem die Ergebnisse der 6. und 7. KoMo-Welle den Hellfelddaten direkt gegenübergestellt werden, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Ergänzend werden Fallmerkmale für 2021 bis 2024 untersucht, darunter regionale Auffälligkeiten und Merkmale von Tatverdächtigen.

Themen der Anfeindungen im Zeitverlauf

Langfristiger Überblick: Das Hellfeld im Zeitraum von 2021 bis 2024

Straftaten gegen Amts- und Mandatstragende werden seit dem 01.01.2019 als bundeseinheitliches Unterangriffsziel im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPM-D-PMK) erfasst (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat & Bundeskriminalamt, 2020). Die PMK-Statistik liefert für jeden Fall detaillierte Tatinformationen, darunter die thematische Zuordnung. Um die Hell- und Dunkelfelddaten vergleichbar zu machen, werden im Folgenden nur die Jahre 2021 bis 2024 und ausschließlich die kommunale Ebene betrachtet.

Im Untersuchungszeitraum wurden insgesamt 4 672 Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatstragende registriert. Da jedem erfassten Fall mehrere – durch das polizeiliche Erfassungssystem vorgegebene – Themenfelder zugeordnet werden können, zeigt die Auswertung in Abbildung 1 nicht die Zahl der Fälle, sondern die Gesamtzahl aller vergebenen Themenkategorien pro Jahr.

Mit einem stabilen Anteil von 49–54 % ist „Konfrontation/Politische Einstellung“² durchgehend das dominierende Oberthema. Die Stabilität auf

² Das Oberthemenfeld „Konfrontation/Politische Einstellung“ umfasst Fälle, in denen politische Haltungen, Meinungen oder Auseinandersetzungen im Mittelpunkt der Tat stehen.

hohem Niveau zeigt, dass politisch motivierte Konfrontationen ein dauerhaftes Kernmotiv darstellen.

Obwohl „Reichsbürger/Selbstverwalter“³ ab 2023 nicht mehr als eigenes Oberthema geführt wird, bleibt es relevant: Als Unterthema verzeichnet es über den gesamten Zeitraum stabile Anteile (2021: 24 %, 2022: 32 %, 2023: 25 %, 2024: 22 %) und ist seit 2023 u. a. als Unterthemenfeld im neu eingeführten Oberthemenfeld „Verschwörungserzählung“ enthalten. Dies deutet auf eine konstant hohe Aktivität im kommunalen Kontext hin – unabhängig von der Umstellung des Erfassungssystems.

„Innen- und Sicherheitspolitik“ liegt konstant zwischen 9–14 % und ist damit ein dauerhaft präsenten Motiv. „Sozialpolitik“ zeigt dagegen einen deutlichen Rückgang, während „Hasskriminalität“, „Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus“ sowie „Ausländer- und Asylthematik“ moderate, ereignisabhängige Schwankungen aufweisen. COVID-19-bezogene Straftaten treten vor allem 2022 deutlich auf und verschwinden danach fast vollständig, während „Verschwörungserzählung“ ab 2023 als neu eingeführtes eigenständiges Oberthemenfeld seither mit 12–14 % einen bemerkenswerten Anteil darstellt.

Untergeordnete Rollen spielen „Antifaschismus“, „Industrie/Wirtschaft/ Ökologie“ sowie „Bürgerkrieg/Krisenherde“. Letzteres zeigt jedoch, dass internationale Konflikte auch in deutschen Kommunen das Straftatengeschehen gegen Amts- und Mandatstragende beeinflussen können.

3 „Reichsbürger/Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, u. a. unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen (Bundeskriminalamt, 2023).

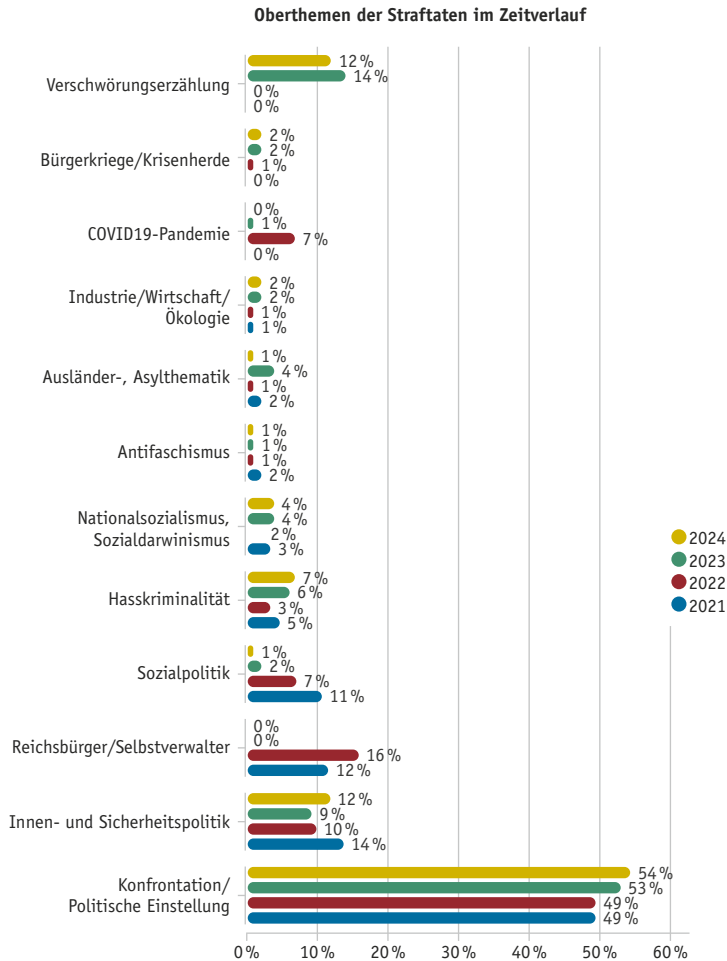


Abbildung 1: Entwicklung der Oberthemen registrierter Straftaten in der PMK-Statistik (2021–2024)

Die KoMo-Daten (2021–2023) und die PMK-Statistik zeigen beim Thema „Reichsbürger/Selbstverwalter“ einen übereinstimmenden Befund: In beiden Datenquellen ist es über den gesamten Zeitraum ein fester Bestandteil der Anfeindungslage, in KoMo mit einem Spitzenwert im Frühjahr 2023 (31 %), im Hellfeld stabil bei 12–16 % als Oberthema bis 2021 beziehungsweise 22–32 % als Unterthema ab 2023 (Bitschnau & Eberspach, 2025, S. 216 ff.).

Bei ereignisbezogenen Themen zeigen sich Unterschiede: KoMo spiegelt schnelle thematische Verschiebungen wider – von pandemiegetriebenen Konflikten hin zu Migration, internationalen Krisen und Reichsbürgern. Im Hellfeld bleiben dagegen große Themenblöcke wie „Konfrontation/ Politische Einstellung“ oder „Innen- und Sicherheitspolitik“ über Jahre nahezu unverändert.

Dieser Befund verdeutlicht: Das Hellfeld bildet das strukturelle Grundrauschen politisch motivierter Feindseligkeiten gegen kommunale Amts- und Mandatspersonen ab, während das Dunkelfeld stärker den ereignis- und diskursgetriebenen Charakter kurzfristiger Eskalationen sichtbar macht. Nur die Verknüpfung beider Perspektiven erlaubt eine belastbare Einschätzung, welche Themen dauerhaft risikoreich sind – und welche plötzlich und vorübergehend in den Vordergrund rücken können.

Trendfokus 2024

Abbildung 2 gibt einen Überblick darüber, wie sich die aktuell relevanten Oberthemenfelder im Kontext von Straftaten und Anfeindungen sowohl in der PMK-Statistik als auch in den KoMo-Befragungen für das Jahr 2024 darstellen.

Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den Befragungsdaten aus KoMo und der polizeilichen PMK-Statistik 2024. In beiden KoMo-Erhebungen dominieren zwei Themen: Reichsbürger/Selbstverwalter (Frühjahr 35 %, Herbst 38 %) sowie die Ausländer- und Asylthematik (28 % bzw. 29 %). Im Hellfeld spiegelt sich dieses Bild nur teilweise wider: Zwar ist „Konfrontation/Politische Einstellung“ – unter anderem mit dem Unterthema „Reichsbürger/Selbstverwalter“ – auch hier das häufigste Motiv (54 %), die Ausländer- und Asylthematik ist dagegen mit nur 1 % kaum präsent. Dass dieses Thema im Dunkelfeld deutlich relevanter erscheint, könnte darauf hindeuten, dass Anfeindungen in diesem Kontext zwar von Betroffenen stark wahrgenommen werden, aber seltener angezeigt oder in der PMK-Systematik entsprechend erfasst werden. Ein hoher Stellenwert dieses Konfliktthemas zeigte sich auch in einer Befragung der Berg-hof Foundation unter Akteur:innen sogenannter „Mobiler Beratungen“ gegen Rechtsextremismus: Ausgehend von ihren kommunalen Beratungserfahrungen bescheinigten diese dem Themenfeld „Asyl/Migration“

ebenfalls, dass es bei Anfeindungen und Bedrohungen eine relevante Rolle spiele. Besonders in Regionen, in denen es verstärkte Proteste gegen Geflüchtetenunterbringung gab, wurde dieser Thematik auch bei Hassrede-Delikten ein zentraler Stellenwert zugesprochen (Glaser, 2025).

Weitere Themen zeigen zwischen den Erhebungsarten teils starke Abweichungen: Während „Innen- und Sicherheitspolitik“ in der KoMo-Herbstbefragung 11 % erreicht und im Hellfeld mit 12 % ähnlich hoch liegt, taucht es in der Frühjahrsbefragung gar nicht auf. Ereignisgetriebene Themen wie Klima oder Covid-19-Pandemie spielen in KoMo punktuell eine Rolle, zeigen sich aber kaum im Hellfeld. Umgekehrt sind Themen wie Verschwörungserzählungen, Hasskriminalität oder Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus in der PMK-Statistik erfasst, aber in den KoMo-Befragungen nicht sichtbar.

Die starke thematische Überschneidung des Themas Reichsbürger/Selbstverwalter bzw. Konfrontation/Politische Einstellung verdeutlicht, dass es sich hierbei um ein strukturell dauerhaft bestehendes, tief in politischen und gesellschaftlichen Strukturen verankertes Konfliktfeld handelt, das sowohl im Hell- als auch im Dunkelfeld dominiert. Demgegenüber spiegeln Themen wie respektvoller Umgang der Bürger:innen mit- und untereinander, Querdenker oder Covid-19-Pandemie, die ausschließlich im Dunkelfeld vorkommen, spezifische kommunale Diskurse wider, die in der PMK-Systematik in dieser Form nicht abgebildet werden.

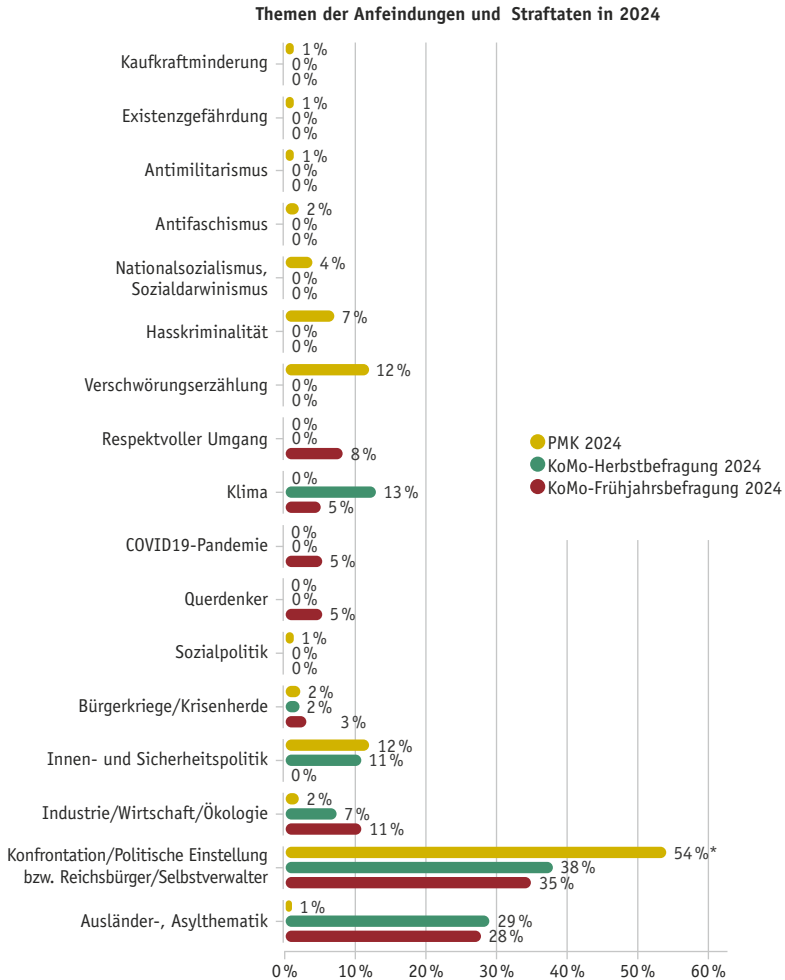


Abbildung 2: Oberthemen registrierter Straftaten in der PMK-Statistik und Themen der Anfeindungen aus den KoMo-Befragungen (2024)

*Die Kategorie „Konfrontation/Politische Einstellung“ umfasst verschiedene Motive politisch motivierter Auseinandersetzungen und beinhaltet u. a. das Unterthema „Reichsbürger/Selbstverwalter“. Letzteres wird in der PMK-Statistik ab 2023 nicht mehr separat als Oberthema ausgewiesen.

Zusammenfassend zeigt sich für 2024 ein klarer Trend: Anfeindungen und Straftaten gegen Kommunalpolitiker:innen bleiben durchgehend in strukturellen Problemfeldern verankert, insbesondere im Bereich „Reichsbürger/Selbstverwalter“ und „Konfrontation/Politische Einstellung“, während ereignisgetriebene Themen wie Migration, Klima oder Covid-19 punktuell im Dunkelfeld erfasst werden. Die kombinierte Betrachtung von Hell- und Dunkelfeld verdeutlicht, dass Anfeindungen sowohl langfristig stabile Motive als auch kurzfristige, lokal- und diskursabhängige Entwicklungen widerspiegeln.

In diesem Abschnitt wurden die Themen, denen Straftaten und Anfeindungen im Hell- und Dunkelfeld jeweils zugeordnet wurden, vergleichend untersucht. Im Folgenden wird ein Überblick über Informationen zu registrierten Fällen und Tatverdächtigen aus der PMK-Statistik im Zeitraum 2021 bis 2024 gegeben unter Einbezug der Dunkelfeldergebnissen aus KoMo.

Informationen zu Fällen und Tatverdächtigen aus der PMK-Statistik im Zeitraum von 2021 bis 2024

Fallinformationen

Phänomenbereich, Deliktsqualität, Extremismusbezug und Demonstrationsbezug

Im Untersuchungszeitraum wurden in der PMK-Statistik insgesamt 4 672 Straftaten erfasst. Mit Blick auf den Phänomenbereich entfiel mit 71 % der größte Teil auf die Kategorie „sonstige Zuordnung“, gefolgt von „rechts“ (14 %), „links“ (13 %) und „ausländische Ideologie“ (1 %). Damit lassen sich die Straftaten trotz klarer politischer Motivation überwiegend keinem klassischen Phänomenbereich eindeutig zuordnen – ein Befund, der die bisherigen KoMo-Ergebnisse bestätigt. Auch dort zeigen sich Anfeindungen laut Einschätzung der Betroffenen vorwiegend als persönlich motiviert (78–82 %) und nur in geringerem Maße als explizit politisch-ideologisch motiviert (17–22 %) (vgl. Bitschnau et al., 2023a, S. 5 f.; Bitschnau et al., 2023b, S. 7; Simon et al., 2024, S. 7; Bitschnau & Eberspach, 2024a, S. 8;

Bitschnau & Eberspach, 2024b, S. 9). Hinsichtlich der Deliktsqualität handelt es sich in 94 % der in der PMK-Statistik erfassten Fälle überwiegend um Politisch motivierte Kriminalität, 6 % wurden als Gewaltkriminalität eingestuft. Knapp die Hälfte der Straftaten (48 %) trug einen Extremismusbezug, während ein Demonstrationsbezug mit lediglich 3 % nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Zähldelikt und Tatmittel

Die Deliktsstruktur ist klar von verbalen und schriftlichen Angriffen geprägt. Besonders häufig traten Beleidigung (§ 185 StGB, 19 %), üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens (§ 188 StGB, 17 %), Nötigung (§ 240 StGB, 14 %) sowie Bedrohung (§ 241 StGB, 12 %) auf. Sachbeschädigungen (§ 303 StGB, 11 %) sowie weitere Delikte wie Volksverhetzung (§ 130 StGB, 3 %), Erpressung (§ 253 StGB, 3 %) oder die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB, 3 %) wurden seltener erfasst. Damit zeigt sich eine deutliche Parallele zu den KoMo-Befragungen, in denen verbale und schriftliche Anfeindungen und Drohungen ebenfalls den überwiegenden Anteil ausmachen: Beleidigung (35–39 %), Verleumdung/üble Nachrede (34–44 %) sowie Bedrohung/Nötigung (10–12 %) (vgl. Eberspach et al., 2022, S. 8 f.; Bitschnau et al., 2023a, S. 5; Bitschnau et al., 2023b, S. 7; Simon et al., 2024, S. 6; Bitschnau & Eberspach, 2024a, S. 7; Bitschnau & Eberspach, 2024b, S. 8; Bitschnau et al., 2025, S. 8).

Bei den Tatmitteln erfolgte mit Blick auf die Kategorie der Untertatmittel die Hälfte der Straftaten (50 %) analog – etwa in Form von Briefen beziehungsweise Schreiben, Telefonanrufen, Farbschmierereien oder Plakaten, Aufklebern und Flugblättern. 38 % wurden über das Internet begangen, wobei Direktnachrichten (64 %) deutlich häufiger erfasst wurden als öffentliche Hasspostings (36 %). In 12 % der Fälle wurde das Untertatmittel nicht näher erfasst.

Auch hier ergibt sich ein konsistentes Bild mit den KoMo-Befragungsdaten: Die Mehrheit der Anfeindungen erfolgt im analogen und digitalen Kommunikationsraum (verbale/schriftliche Anfeindungen: 70–79 %; Hasspostings: 19–26 %), während tätliche Übergriffe in Form von Sachbeschädigung und Körperverletzung

(1-4 %) seltener auftreten (vgl. Eberspach et al., 2022, S. 2.; Bitschnau et al., 2023a, S. 2; Bitschnau et al., 2023b, S. 2; Simon et al., 2024, S. 2; Bitschnau & Eberspach, 2024a, S. 2; Bitschnau & Eberspach, 2024b, S. 2; Bitschnau et al., 2025, S. 2).

Regionale Besonderheiten

Regional betrachtet ereigneten sich 69 % der Straftaten in Westdeutschland und 31 % in Ostdeutschland. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße ergibt sich jedoch ein differenzierteres Bild: Ostdeutschland verzeichnete neun Straftaten pro 100 000 Einwohner:innen, Westdeutschland lediglich fünf. Damit weist Ostdeutschland ein deutlich höheres Risiko für entsprechende Straftaten auf – ein Befund, der sich auch in den KoMo-Ergebnissen widerspiegelt: Kommunalpolitiker:innen in Ostdeutschland waren signifikant stärker von Anfeindungen und Übergriffen betroffen im Vergleich zu Westdeutschland (vgl. Eberspach et al., 2022, S. 2: 51 % vs. 43 %; Bitschnau & Eberspach, 2024b, S. 7: 45 % vs. 33 %; Bitschnau et al., 2025, S. 7: 35 % vs. 29 %).

Darüber hinaus zeigt sich in der PMK-Statistik ein Stadt-Land-Gefälle: Mit 58 % fanden die Vorfälle überwiegend in städtischen Räumen mit mehr als 20 000 Einwohner:innen statt, während sich 42 % in ländlichen Regionen ereigneten. Auch dieser Befund deckt sich mit den KoMo-Erhebungen, die eine höhere Betroffenheit von Kommunalpolitiker:innen in städtischen Räumen nachweisen (vgl. Bitschnau & Eberspach, 2025, S. 220; Bitschnau & Eberspach, 2024b, S. 7: 48 % vs. 31 %; Bitschnau et al., 2025, S. 7: 40 % vs. 29 %).

Informationen zu Tatverdächtigen

Die Analyse der Tatverdächtigen zeigt ein klares Muster: Mehr als die Hälfte (52 %) gehört zur Altersgruppe der 40- bis 59-Jährigen. Dahinter folgen die 25- bis 39-Jährigen (15 %), die 60- bis 64-Jährigen (14 %) sowie Personen ab 65 Jahren (13 %). Jüngere Verdächtige sind hingegen deutlich seltener vertreten: Lediglich 4 % entfallen auf die 18- bis 24-Jährigen und nur 1 % auf Minderjährige. Auch die KoMo-Ergebnisse zeichnen ein vergleichbares Bild. Dort dominieren ebenfalls die mittleren Alterskohorten: 47 % der Tatverdächtigen sind laut Betroffenen zwischen 40 und 59 Jahre alt, gefolgt

von 18 % in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen und 16 % der über 65-Jährigen. Die jüngeren Gruppen treten auch hier kaum in Erscheinung (25-39 Jahre: 13 %, 18-24 Jahre: 2 %). In 4 % der Fälle blieb das Alter unbekannt (Bitschnau & Eberspach, 2024b, S. 10).

Auch in Bezug auf das Geschlecht ergibt sich ein eindeutiges Bild: 82 % der Tatverdächtigen sind männlich, 18 % weiblich. Die KoMo-Befragungen verweisen in vergleichbarer Weise auf eine starke Dominanz männlicher Tatverdächtiger: Bei 77 % der zuletzt erlebten Anfeindungen handelte es sich um männliche Tatverdächtige, bei 22 % um weibliche und bei 1 % war das Geschlecht unbekannt (vgl. ebd., S. 10).

Bemerkenswert ist zudem die enge räumliche Nähe zwischen Tatverdächtigen und Tatorten: In fast vier von fünf Fällen (79 %) stimmen Wohnort und Tatort in Form der Postleitzahl überein, was auf einen lokal verankerten Charakter der Anfeindungen hinweist. Die KoMo-Daten deuten in die gleiche Richtung: Kommunalpolitiker:innen berichten in 93 % der zuletzt erlebten Vorfälle überwiegend von Angriffen durch Personen aus dem unmittelbaren kommunalen Umfeld (vgl. ebd., S. 10).

Auch hinsichtlich der Staatsangehörigkeit ergibt sich ein klares Bild: 96 % der Tatverdächtigen sind deutsche Staatsbürger:innen, lediglich 4 % ausländische. Mit Blick auf polizeiliche Vorerfahrungen zeigt sich ein gemischtes Bild: 32 % der Tatverdächtigen waren bereits allgemein polizeilich auffällig, 39 % wiesen spezifische Vorerfahrungen im Bereich Politisch motivierter Kriminalität auf. Damit war zwar die Mehrheit zuvor nicht auffällig, zugleich war aber ein relevanter Teil bereits polizeibekannt.

Die Ergebnisse zeichnen insgesamt ein konsistentes Profil: Die Bedrohungen gegen Kommunalpolitiker:innen gehen überwiegend von männlichen Personen mittleren Alters und mit deutscher Staatsbürgerschaft aus, die zumeist im direkten Umfeld der Betroffenen leben. Die Mehrheit weist keine einschlägigen politischen Vorbelastungen auf, auch wenn ein relevanter Teil bereits polizeilich bekannt ist, insbesondere im Bereich Politisch motivierter Kriminalität.

Fazit und Ausblick

Die vorliegenden Analysen verdeutlichen, dass Anfeindungen und Straftaten gegenüber Kommunalpolitiker:innen in Deutschland ein strukturell relevantes – das heißt dauerhaft und in den politischen sowie gesellschaftlichen Strukturen verankertes – und fortbestehendes Problem darstellen. Sowohl die Hellfeld-Daten der PMK-Statistik als auch die Dunkelfeld-Befunde aus den KoMo-Erhebungen im Zeitraum von 2021 bis 2024 zeigen, dass sich Anfeindungen nicht auf singuläre Ereignisse oder temporäre Konflikte reduzieren lassen, sondern tief in politische und gesellschaftliche Spannungsfelder reichen.

Besonders auffällig ist die Doppelstruktur der Konfliktfelder: Einerseits stehen Themen wie „Reichsbürger/Selbstverwalter“ oder die „Migration- und Asylthematik“ für dauerhafte und stark polarisierte Linien, die sowohl in Hell- als auch Dunkelfeldbefunden immer wieder hervortreten. Andererseits spiegeln sich in den Befragungsdaten ereignisgetriebene Diskurse (z. B. Pandemie, Klima, Querdenkerbewegung), die im Hellfeld kaum sichtbar werden, aber lokale Wahrnehmungen und Konflikte prägen. Hier zeigt sich eine Diskrepanz zwischen formaler statistischer Erfassung und individueller Betroffenheitserfahrung, die für das Verständnis des Phänomens zentral ist.

Auch die räumliche und soziale Dimension der Anfeindungen liefert wichtige Erkenntnisse: Kommunalpolitiker:innen in Ostdeutschland sind sowohl in den PMK-Daten als auch in den Befragungsergebnissen häufiger betroffen als ihre Kolleg:innen im Westen. Zudem sind städtische Regionen stärker belastet als ländliche. Mit Blick auf die Tatverdächtigenstruktur bestätigt sich ein klares Muster: Es handelt sich überwiegend um männliche, deutsche Tatverdächtige im mittleren Lebensalter, die meist aus dem unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld der Betroffenen stammen. Damit wird deutlich, dass Anfeindungen häufig lokal und strukturell verankert sind und nicht nur Ausdruck abstrakter gesellschaftlicher Polarisierungen.

Aus diesen Befunden ergibt sich für Praxis und Prävention die Notwendigkeit, Schutzmaßnahmen gezielt und kontextsensitiv zu gestalten. Basierend auf den Ergebnissen lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:

- 1 Stärkung lokaler Schutz- und Unterstützungsstrukturen:** Diese sollten niedrigschwellig zugänglich und insbesondere in Regionen mit erhöhter Gefährdungslage (z. B. Ostdeutschland, städtische Räume) verankert sein. Effektive Ansätze müssen lokale Dynamiken, soziale Konflikte und die Stärkung kommunaler sowie demokratischer Resilienz berücksichtigen.
- 2 Flexible Präventionsstrategien:** Neben dauerhaft stabilen Konfliktlinien (z. B. Reichsbürger, Migration) sollten auch ereignisgetriebene Themen frühzeitig erkannt und adressiert werden – etwa durch lokale Monitoring- oder Frühwarnsysteme in Kooperation mit Kommunen und Sicherheitsbehörden.
- 3 Gesamtgesellschaftliche Prävention mit Blick auf das Täterprofil:** Da viele Tatverdächtige lokal verankerte deutsche Männer mittleren Alters sind, sollten Ansätze der politischen Bildung und Demokratieförderung diese Zielgruppe gezielt ansprechen.
- 4 Sensibilisierung zentraler Akteure:** Polizei, Justiz, Verwaltung und Öffentlichkeit sollten weiterhin für die spezifische Betroffenheit kommunaler Amts- und Mandatsträger:innen sensibilisiert werden, um die Sichtbarkeit des Problems und die Ernsthaftigkeit der Bedrohungen zu erhöhen.
- 5 Vertiefende Forschung:** Der Zusammenhang zwischen strukturell verankerten Konflikten und diskursiven Dynamiken sollte künftig stärker untersucht werden, um langfristige Entwicklungen und gesellschaftliche Polarisierungsprozesse besser verstehen und prognostizieren zu können.

Insgesamt verdeutlicht der Befund, dass politische Anfeindungen auf kommunaler Ebene kein Randphänomen darstellen, sondern eine Herausforderung für die demokratische Kultur sind. Ein konsequenterer Schutz von Kommunalpolitiker:innen, eine stärkere öffentliche Anerkennung ihres Engagements sowie eine enge Verzahnung von Forschung und Praxis erscheinen daher als zentrale Schritte, um den Druck auf die kommunale Demokratie zu mindern und deren Resilienz nachhaltig zu stärken. Denn die Ergebnisse machen deutlich: Die Demokratie wird nicht allein durch

radikale Ränder bedroht, sondern ebenso durch eine wachsende Kultur der Verrohung – auch innerhalb der Sprache. Nur wenn Politik, Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft diese Herausforderung gemeinsam adressieren, lässt sich das demokratische Miteinander auf kommunaler Ebene nachhaltig schützen.

Literatur

- Bitschnau, S. & Eberspach, K. & Kemmesies, U. (2023a). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Aktuelle Befunde aus der Frühjahrsbefragung 2022. Stand: 22. Februar 2023.* MOTRA. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/02/motra_KoMoBericht_Fruehjahrsbefragung_22.pdf
- Bitschnau, S. & Eberspach, K. & Kemmesies, U. (2023b). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde aus der Herbstbefragung 2022. Stand: 01. November 2023.* MOTRA. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2022/11/KoMo-Herbstbefragung-2022.pdf>
- Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024a). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023. Stand: 10. Mai 2024.* MOTRA. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/05/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf>
- Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024b). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde aus der Frühjahrsbefragung 2024. Stand: Oktober 2024.* MOTRA. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/11/KoMo-Fruehjahrsbefragung-2024-RZ.pdf>
- Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2025). *Beobachtungen aus dem Kommunalen Monitoring – Eine Zwischenbilanz im Spiegel multipler Krisen.* In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.), *Motra-Monitor 2023/24.* MOTRA. https://doi.org/10.57671/ISBN.978-3-911329-01-9_2025_MOTRA
- Bitschnau, S., Buchmann, D., & Eberspach, K. (2025). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde aus der Herbstbefragung 2024. Stand: März 2025.* MOTRA. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2025/07/KoMo-Herbstbefragung-2024_RZ.pdf
- Bitschnau, S., Michaelis, S., Bretsch, D. & Kemmesies, U. (2022). *Radikalität im Spiegel politisch motivierter Kriminalität: eine Sozialraumanalyse auf Kreisebene – erste deskriptiv-explorative Analysen.* In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande & D. Rieger (Hrsg.), *Motra-Monitor 2021.* MOTRA. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/12/Radikalitaet-im-Spiegel-politisch-motivierter-Kriminalitaet.pdf>
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat & Bundeskriminalamt (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen.* https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2019PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Bundeskriminalamt (2023). *Themenfeldkatalog zur Kriminaltaktischen Anfrage in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK). Stand: 17.10.23* – Gültig: ab 01.01.24.* https://polizei.thueringen.de/fileadmin/tlka/statistik/PMK/Anlage_06_Themenfeldkatalog_zur_KTA-PMK.pdf
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2022). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung - Herbstbefragung 2021. Stand: 01. September 2022.* MOTRA. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/02/KoMo_Beobachtungen-und-Befunde-zur-Ersterhebung_Herbstbefragung2021.pdf
- Enzmann, D. (2015). *Anzeigeverhalten und polizeiliche Registrierungspraxis.* In N. Guzy, C. Birkel, & R. Mischkowitz (Hrsg.), *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland. Band 1. Ziele, Nutzen und Forschungsstand: Bd. 471 (S. 511–541).* Bundeskriminalamt.

Glaser, M. (2025). Unter dem Radar: Protest und Mobilisierung gegen Geflüchteten-zuzug. Ergebnisse der MOTRA-Expert*innenbefragung 2023/2024. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.), *Motra-Monitor 2023/24*. MOTRA. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2025/03/Motra_Monitor_23_24_K7_Unter-dem-Radar.pdf

Simon, L., Bitschnau, S. & Eberspach, K. & Kemmesies, U. (2024). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Frühjahrsbefragung 2023. Stand: 01. April 2024*. MOTRA. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/11/KoMo-Bericht-No-4_Fruehjahrsbefragung23.pdf